

II-623 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

22.5.1967

267/A.B.

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

zu 274/J

des Bundesministers für Finanzen Dr. S c h m i t z  
auf die Anfrage der Abgeordneten R o b a k und Genossen,  
betreffend Straßenzollamt Nickelsdorf.

-.--.-.

Mit Bezug auf die Anfrage der Abgeordneten Robak und Genossen vom 19. April 1967, Z. 274/J-NR/67, betreffend Straßenzollamt Nickelsdorf, beehre ich mich mitzuteilen, daß die Zollverwaltung schon im Vorjahre die unbefriedigende Lage beim Straßenzollamt Nickelsdorf eingehend geprüft hat. Es wurde festgestellt, daß es wegen des eigentümlichen Grenzverlaufes entlang des Straßenstückes zwischen dem österreichischen und dem ungarischen Zollamt nicht möglich ist, die angeführten Übelstände durch eine Verlegung des Zollamtes in Richtung ungarischer Grenze zu beheben. Eine wirklich befriedigende Lösung könnte nur durch eine Umfahrungsstraße, d.h. durch eine Trennung des Ortsverkehrs von dem grenzüberschreitenden Durchzugsverkehr erreicht werden. Es wäre dazu notwendig, die Bundesstraße 10 in einer Länge von ungefähr 2 km zu verlegen und sodann an geeigneter Stelle ein neues Zollamt zu errichten. Wegen der sehr hohen Kosten eines derartigen Projektes wurde vorläufig von einer weiteren Verfolgung der Angelegenheit Abstand genommen. Überdies ist inzwischen bekannt geworden, daß sowohl von österreichischer als auch von ungarischer Seite für den Bau einer Autobahn Wien-Budapest mit Grenzübergang bei Nickelsdorf eingetreten wird. Eine Autobahn würde den grenzüberschreitenden Fernverkehr zur Gänze an sich ziehen und auf diese Weise alle derzeit bestehenden Schwierigkeiten beheben.

-.--.-.